

10. XII. 1918

## Finanzielle Liquidation.

Von Dr. Gustav Stolper.

Wien, 9. Dezember.

Der Aufruf zur Bezeichnung der ersten deutschösterreichischen Staatsanleihe trifft die Deffentlichkeit in einem Zustande der Verschüchterung, der Sorge um die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung, und insbesondere um die Wahrung des alten Besitzes. Die wenig zeitgemäße Zahlungseinstellung des liquidierenden Kriegsministeriums hat ein übriges getan, um diese Sorge zu verschärfen, und wenn auch hoffentlich in den allernächsten Tagen entsprechendes vorgelebt wird, um die bedenklichen Folgen dieses Schrittes abzuwenden, so bleiben die Zweifel bezüglich der künftigen finanziellen Auseinandersetzung zwischen den Nationalstaaten bestehen und müssen das Vertrauen der besitzenden Klassen auch zur finanziellen Leistungsfähigkeit des deutschösterreichischen Staates mindern. Es scheint daher notwendig, den Wust von landläufigen Schlagworten auf seinen wahren Gehalt zu prüfen und dabei vor allem auf zwei Fragen die Antwort zu suchen: wie stark die Wirtschaftskraft des deutschösterreichischen Staates ist und ob und wie weit sich die neugegründeten Nationalstaaten den durch den österreichischen Staat aufgenommenen Schulden entziehen können.

Wenn man heute von der Wirtschaftskraft Deutschösterreichs spricht, blickt man gewöhnlich auf dieses junge Staatswesen mit leidig wie auf einen verarmten Edelmann, der mühsam den äußeren Schein zu wahren versucht, neben dem reichen Emporkömmling, als der der czechische Staat erscheint. Gewiß haben die Czechen die industriell und landwirtschaftlich wertvollsten Gebiete des österreichischen Staates an sich gerissen, sie sind vor allem die Herren über die Steinkohlen- und über die Zuder- und Malzherzeugung und seit dem Einbruch in Brüx haben sie auch den größten Teil der deutschen Braunkohlenlager in ihre Gewalt gebracht. Aber im übrigen ist das deutsc̄he Landgebiet Böhmens der Hauptteil seiner Industrien. Im czechischen Teile liegt die Schwerindustrie, die großen Eisenwerke und Maschinenfabriken, an denen das Prager und Pilsener Industrievier übrigens noch seine schweren sozialen und wirtschaftlichen Probleme offenbaren wird, sobald einmal die Bereitstellung des früher gemeinsamen Wirtschaftsgebietes die Existenzfrage aller dieser Unternehmen aufwirft. Die Bergbauindustrie aber ist im deutschen Gebiet und deutschem Besitz: der weitaus größte Teil der Baumwoll-, Woll- und Leinenindustrie, die Glas- und Porzellanindustrie und die chemische und Fettwarenindustrie (Aussig). Dazu kommen — was wahrgangspolitisch von nicht geringer Bedeutung ist — die böhmischen Bäder mit ihrer ausgedehnten, auf internationalem Verkehr eingerichteten Hotelindustrie. Aber vor allem ist auch der wichtigste Teil des czechisch-böhmisches Industriebezirkes in deutschem Besitz. Skoda, Rujton, Prager Eisenindustriegesellschaft, der westböhmische Bergbauverein, die beiden größten Pilsener Brauereien usw. Die großen Betriebe, die von czechischem Kapital kontrolliert werden, lassen sich an den Fingern beider Hände abzählen. Man darf ruhig annehmen, daß mindestens 70 Prozent des Industriebezirkes in deutschen Händen sind.

Nun wird es als wahrscheinlich betrachtet, daß die czechische Regierung durch mehr oder weniger sanften Druck versuchen wird, die Unternehmen, die in Böhmen ihre Betriebe haben, auch zur Verlegung ihres Sitzes nach Prag zu veranlassen. Für unser staatlich-finanzielles Problem wäre das insofern unerheblich, als damit dem czechischen Staat der Schutz der Vermögensinteressen dieser Unternehmen, also insbesondere ihres Besitzes an Kriegsanleihen, zufallen würde und auf diese Weise die höchst ungleiche Verteilung des Kriegsanleihubesitzes unter die einzelnen Nationen des früheren österreichischen Staates eine weitgehende Korrektur erfahren würde. Eines von beiden: Bleiben all diese Unternehmen deutschösterreichisch, dann hilft ihre Steuerkraft dazu bei, die größere Last des deutschösterreichischen Staates zu tragen. Werden

sie aber freiwillig oder unfreiwillig ausländische Unternehmungen, dann vermindert sich entsprechend das Schuldlohn des deutschösterreichischen Staates und wächst das eigene Interesse der slawischen Nationalstaaten an einer Konsolidierung der österreichischen Auleiheschulden. Das gilt insbesondere auch für den Fall, als durch ein Diktat der Entente Deutschböhmen und das Sudetenland in den czechischen Staat hineingezwungen werden sollten. Daß die Czechen alles aufzubieten, um die wirtschaftlich wertvollsten Teile ihres "historischen" Gebietes an sich zu reißen, kann man schließlich verstehen. Aber sie werden sich, wenn diese Absicht gelingt, wohl hüten, die Henne zu schlachten, die ihnen die goldenen Eier legen soll, werden es sich, wenn sie nicht die furchtbare wirtschaftliche Krise und schwerste soziale Erschütterung im eigenen Lande herausbeschwören wollen, tausendmal überlegen, Deutschböhmen, dessen ganze wirtschaftliche Existenz mit der unverfehlten Erfüllung der vom österreichischen Staat übernommenen Verpflichtungen verknüpft ist, zugrunde zu richten.

Aber auch das alpenländische Deutschösterreich mit Wien ist keineswegs so arm und wirtschaftlich bedroht, als man es in diesen Wochen schwerster politischer und wirtschaftlicher Not anzunehmen geneigt ist. Vor allem verfügen Wien und Niederösterreich sowie die Nordsteiermark über Betriebe der Metallindustrie, die zu den kräftigsten und technisch höchststehenden der früheren Monarchie gehören. Die großen Automobil- und Motorenwerke (Daimler, Fiat, Buch, Gräf & Stift u. a.), die Locomotiv- und Waggonfabriken in Wien und Wiener-Neustadt (Staatsbahn, Simmeringer Sigh), die Metallwarenbetriebe des Wiener-Neustädter Bezirks (Krupp in Berndorf, Enzesfeld, Brevillier in Neunkirchen), vor allem aber die großen Eisen- und Stahlwerke (Scheissler in Ternitz,

Tišchen in Traisen, Böhler in Kapfenberg) und schließlich das größte Eisenwerk der früheren Monarchie, die Alpine Montangesellschaft, die allein imstande ist, den ganzen deutschösterreichischen Roheisenbedarf zu beden, und nach dem Rückfall des Lothringer Erzlager an Frankreich als einziges großes Eisenwerk Mitteleuropas über hochwertige Erze in praktisch unbegrenzten Mengen verfügt. Rechnet man dazu die Waffenfabrik Sieyr, die sich während des Krieges auf den Automobilbau im größten Umfang eingerichtet hat, die Sprengstoffbetriebe in Böllersdorf und Blumau, die großen, auf den reichen Forstbesitz gegründeten Papierfabriken im südlichen Niederösterreich und in der Steiermark — so bringt dieser flüchtige Überblick nur über die typischen Industrien des alpenländischen Deutschösterreich zum Bewußtsein, wieviel Wirtschaftskraft auch hier noch dem Staatskredit zur Stütze dient. Ich sehe dabei gesäuseltlich von dem Hinweis auf ein größeres Zukunftsprogramm ab.

Für unser Problem ist aber in erster Linie die Stellung der Banken entscheidend. Sie haben sich im Kriege bedingungslos zu Trägern des Staatskredites gemacht. Teils freiwillig, teils aus dem Anhang der wirtschaftlichen Entwicklung, die ihnen jede andere Möglichkeit der Betätigung als im Kreditverleih mit dem Staat tatsächlich benahm. Das gilt für die einen in höherem, für die anderen in geringerem Maße — alle Kreditinstitute ohne Ausnahme hängen mit ihrer Existenz an der unverfehlten Erfüllung der staatlichen Verbindlichkeiten und mit den Banken ihre eigenen Gläubiger, all die kleinen und großen Späne, Landwirtschaft, Handel und Industrie, die die Überschüsse ihrer Wirtschaft ihnen in mehr als vier Kriegsjahren zu Milliarden anvertraut haben. Es ist bisher statistisch nicht erfaßt, in welchem Verhältnis die Einlagen und Kredite der Banken sich auf die einzeln Nationalstaaten verteilen. Aber es ist nicht zweifelhaft, daß ein außerordentlich großer, in die Milliarden gehender Teil auch des czechischen Kapitals bei den sudetenländischen Filialen der Wiener Groß- und Mittelbanken eingezogen ist und daß ein Zusammenbruch unseres Kreditsystems die czechische Wirtschaft ebenso auf Jahre hinaus vernichten müßte wie die deutsche. Von diesen Zusammenhängen und den daraus sich ergebenden Formen der finanziellen Liquidation soll ein letzter Artikel sprechen.